

Adrian Hasler: «Liechtenstein ist bereits ein Einwanderungsland»

Interview Regierungschef Adrian Hasler hält nichts von einer Lockerung der Zuwanderungspolitik. «Man muss einfach wissen, was man sich dabei einhandelt, wenn wir unsere Zuwanderungspolitik ändern», sagte er im Rahmen des Staatsfeiertagsinterviews.

für unsere Gesellschaft elementar», betont der Regierungschef im Interview, das morgen Donnerstag in der Staatsfeiertagsbeilage des «Volksblattes» erscheinen wird. Er weist darauf hin: «Wenn wir nun einseitig die Quote erhöhen, besteht das grosse Risiko, dass die EU Druck macht, um die Quote ganz ab-

«Man darf nicht vergessen, dass wir pro Jahr zwischen 500 und 600 Aufenthaltsbewilligungen vergeben.»

ADRIAN HASLER
REGIERUNGSCHEF

zuschaffen.» Dies hätte aus seiner Sicht gravierende Folgen für das Land. Schliesslich zeigten die aktuellen Diskussionen in der Schweiz und auch im Zusammenhang mit dem Brexit, dass die liechtensteinische Lösung sehr vorteilhaft sei. Ausser-

dem hält Regierungschef Adrian Hasler fest: «Man darf nicht vergessen, dass wir pro Jahr zwischen 500 und 600 Aufenthaltsbewilligungen vergeben, das heisst, Liechtenstein ist bereits ein Einwanderungsland.»

Den demografischen Wandel sieht er dennoch als grosse Herausforderung, schliesslich zeigen Berechnungen des Amtes für Statistik, dass bereits im Jahr 2030 der Anteil der über 65-jährigen rund ein Viertel betragen wird. Mit den vom Landtag bereits beschlossenen Reformen im Bereich der **AHV** und der Pensionskasse

seien die Sozialwerke gut für die Zukunft gerüstet, ist Hasler überzeugt.

Pflegeversicherung denkbar

Im Bereich Finanzierung der Alterspflege ortet er jedoch noch Handlungsbedarf: «Ein Ansatz, um die Finanzierung der Pflege sicherzustellen, ist die Einführung einer **Pflegeversicherung**», meint Hasler. Die Kritik, dass der Mittelstand durch die Sozialreformen zu sehr unter Druck geraten ist, kann der Regierungschef nicht nachvollziehen: «Weniger als ein Prozent der Steuerpflichtigen bezahlt fast die Hälfte der Einkommens- und Vermögenssteuern. Wir können auch darstellen, dass ein grosser Teil wenig bis gar keine Steuern zahlt», stellte Hasler klar.

VON DORIS QUADERER

«Wir haben mit unserem EWR-Beitritt eine Quotenregelung ausgehandelt, welche dafür sorgt, dass sich der Ausländeranteil bei rund 33 Prozent bewegt. Diese Beschränkung ist